

# > Berlin aktuell

## Informationen zur Arbeit von Ingbert Liebing

Redaktion: Sophie Brachvogel

Für die Mitglieder und Freunde der CDU in Nordfriesland und Dithmarschen Nord

### Die Union mit Kanzlerin Angela Merkel im Sommerhoch

Gute Nachrichten aus Berlin dank Konjunkturaufschwung und realisierten Reformvorhaben



dass Lohndumping in Deutschland verhindert wird. Der Wettbewerb in Europa ist in den vergangenen Jahren auch bei den Löhnen intensiver geworden. Besonders im Niedriglohnbereich hat die Gefahr von sozialen Verwerfungen in Deutschland durch ausländische Arbeitnehmer, die nach den Bedingungen der Herkunftsländer entlohnt werden, zugenommen. Um darauf angemessen reagieren zu können, ermöglichen wir in eng definierten Bedingungen die Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf weitere Branchen. Künftig können in einzelnen Branchen unterste

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,**

nicht nur der **CDU-Bezirksverband Tellingstedt (siehe Foto)** besuchte mich kürzlich in Berlin. Auch viele andere Gruppen aus Nordfriesland und Dithmarschen-Nord fanden den Weg zur Reichstagskuppel herauf. So wie die 10. Klasse des **Hermann-Tast-Gymnasiums in Husum** oder die Mitarbeiter des **Amtes Bredstedt-Land**, die gemeinsam mit dem Amtsausschuss einen Ausflug nach Berlin unternahmen.

Unser Land ist in Bewegung. Davon konnten sich meine Gäste überzeugen. Die gute wirtschaftliche Lage macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Eine deutliche Entspannung ist zu verzeichnen, binnen Jahresfrist ist die Zahl der Arbeitslosen um über 730.000 auf den geringsten Stand seit über fünf Jahren gefallen. Trotz dieser guten Nachrichten gibt es bildungsschwache Jugendliche Langzeitarbeitslose, die es wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern gilt. Hier hat die Koalition ein Gesetz zur Verbesserung der Qualifizierung dieser Jugendlichen beschlossen.

Mit der wirtschaftlichen Erholung in Deutschland wird unser Land inzwischen wieder zur Konjunktur-Lokomotive in Europa. Dies hat unserer Kanzlerin die erfolgreiche Arbeit als EU-Ratspräsidentin und als G8-Präsidentin erleichtert. Weltweit hat ihre Verhandlungsführung Anerkennung gefunden. Wir können stolz sein auf unsere Kanzlerin. Mit Frau Merkel hat die CDU hat in der Koalition auch durchgesetzt,

Tariflöhne durch die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sowohl für deutsche wie für ausländische Beschäftigte verbindlich festgeschrieben werden.

Es darf nicht sein, dass Menschen, die hart arbeiten, ihren Lebensunterhalt nicht finanzieren können. Ein gesetzlicher Mindestlohn wäre jedoch der falsche Weg. Stattdessen ist die im Grundgesetz verankerte Tarifautonomie gestärkt worden, denn die Festlegung von Löhnen ist Aufgabe von Gewerkschaften und Arbeitgebern. Das ist nicht Aufgabe der Politik. Die CDU hat einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn verhindert, weil das mehr als 600.000 Arbeitsplätze unmittelbar gefährdet hätte. Das ist ein gutes Ergebnis für die Mehrheit der Beschäftigten und Arbeitssuchenden in Deutschland. Die von der SPD geforderte Zwangsregelung hätte nicht nur neue Arbeitslosigkeit verursacht, sondern auch den Beschäftigungszuwachs des vergangenen Jahres vollständig vernichtet und reguläre Jobs in die Schwarzarbeit verdrängt.

Insbesondere mit der Unternehmenssteuerreform, die die Wirtschaft um 5 Milliarden Euro entlastet und den Wachstumskurs stabilisiert, hat die Große Koalition zur Sommerpause ein wichtiges Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht.

Auf ein gutes Gelingen unserer politischen Vorhaben und herzliche Grüße für eine erholsame Sommerzeit,

Ihr

Ingbert Liebing, MdB

## Unternehmenssteuerreform sorgt für positive Impulse Wirtschaftlicher Aufstieg trägt deutliche Handschrift der CDU/CSU-Fraktion

Am 25. Mai 2007 verabschiedete der Deutsche Bundestag die Unternehmensteuerreform, womit eines der zentralen Reformvorhaben der Großen Koalition erfolgreich umgesetzt wurde. Mit der Zustimmung des Bundesrats am 6. Juli 2007 werden die neuen Bestimmungen schon knapp ein halbes Jahr vor ihrem Inkrafttreten zum 1. Januar 2008 im Bundesgesetzblatt stehen. **Die Unternehmensteuerreform trägt eindeutig die Handschrift der Union und unterstreicht die finanz- und steuerpolitische Kompetenz der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.**

Mit einer Steuerbelastung für einbehaltene Gewinne von unter 30 Prozent für alle Unternehmen erreichen die steuerlichen Rahmenbedingungen in Deutschland wieder ein international wettbewerbsfähiges Niveau. **Künftig werden wieder mehr Gewinne in Deutschland entstehen und in Deutschland versteuert. Zugleich treffen wir angemessene Maßnahmen zur Vermeidung einer Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerländer.** Darüber hinaus wird die Einführung einer Abgeltungssteuer zum 1. Januar 2009 attraktive steuerliche Bedingungen für privates Kapitaleinkommen schaffen und den Finanzmarkt Deutschland stärken.

Die beschlossenen attraktiven fiskalischen Rahmenbedingungen werden dazu beitragen, das von den derzeit rund 100 Milliarden Euro, die nach den Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zwar als Gewinn in Deutschland entstehen, aber im Ausland versteuert werden, künftig wieder ein wesentlicher Teil auch in Deutschland besteuert werden.

**Damit leistet die Unternehmensteuerreform schon mittelfristig einen Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.**

Gerade unsere mittelständische Wirtschaft gehört zu den Gewinnern der Unternehmensteuerreform. Zum einen profitiert sie von den massiven Steuersatzsenkungen und der Fortentwicklung der Ansparrücklage zu einem attraktiven Investitionsabzugsbetrag (§ 7g EStG). Zum anderen werden durch

die Einführung einer Freigrenze von einer Million Euro bei der Zinsschranke und der Einführung eines Freibetrags von 100.000 Euro bei den Gewerbesteuerhinzurechnungen viele mittelständische Unternehmen von vornherein von den Gegenfinanzierungsmaßnahmen ausgenommen. Diese Einschätzung wird auch von anerkannten Experten geteilt. So hat das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zu der beabsichtigten Unternehmensteuerreform unmissverständlich festgestellt: **„Gewinner sind in erster Linie mittelständische Unternehmen, da sie von den geplanten Gegenfinanzierungsmaßnahmen auf Unternehmerebene weitgehend verschont bleiben.“**

Besonders erfreulich ist außerdem, dass die Union trotz der mit den Sozialdemokraten vereinbarten maximalen Entlastung von fünf Milliarden Euro in wesentlichen Bereichen noch Verbesserungen im parlamentarischen Verfahren durchsetzen konnte.

### **Infos zur Unternehmenssteuerreform – was ist neu, was ändert sich**

Die Unternehmensteuerreform ist am 25. Mai 2007 vom Bundestag verabschiedet worden und soll bis zum 1. Januar 2008 in Kraft treten.

#### **Kapitalgesellschaften:**

Der Steuersatz bei der Körperschaftsteuer wird von 25 auf 15 Prozent gesenkt. Damit soll die durchschnittliche Gesamtbelastung bei Kapitalgesellschaften von jetzt 38,8 Prozent auf 29,8 Prozent reduziert werden.

#### **Personengesellschaften:**

Einbehaltene Gewinne werden auf Antrag nur mit 28,25 Prozent besteuert. Die Gewerbesteuerzahlung (Gewerbesteueraufwand) ist nicht mehr als Betriebsausgabe absetzbar.

#### **Bildung von steuerfreien Rücklagen für Investitionen:**

Kleinere und mittlere Firmen werden über eine leicht verbesserte Ansparrücklage entlastet. Die Betriebsvermögensgrenze wurde von 210.000 Euro auf 235.000 Euro erhöht.

#### **Zinsschranke:**

Zur Erreichung dieses Zieles wird die Steuerbasis verbreitert. Im Vordergrund steht dabei die Einführung einer so genannten Zinsschranke (Steuerschranke). Dabei werden der steuerliche Gewinn und der Zinsaufwand in Relation gesetzt. Mit der Zinsschranke soll es international tätigen Unternehmen erschwert werden, ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer zu verlagern.

#### **Gewerbsteuer und Hinzurechnungen:**

Bisher werden bei der Gewerbsteuer 50 Prozent der Zinsen für Dauerschulden dem Gewinn für Zwecke der Gewerbsteuer hinzugerechnet. Dieser Anteil wird auf 25 Prozent gesenkt.

#### **Lebensversicherungen:**

Lebensversicherungen, die der Altersvorsorge dienen, werden nur zur Hälfte bei Fälligkeit besteuert, wenn sie nach dem 60. Lebensjahr und nach Ablauf von mindestens zwölf Jahren ausgezahlt werden.

## Gesetz zur Förderung des Ehrenamtes jetzt verabschiedet

Das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements ist kurz vor der Sommerpause verabschiedet worden. Mit diesem Gesetz werden die Rahmenbedingungen, insbesondere im steuerlichen Bereich, für das bürgerschaftliche Engagement deutlich verbessert und damit ein Grundanliegen der Union verwirklicht. Schon im Koalitionsvertrag hat sich die CDU für eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements eingesetzt, dazu:

„Der Staat sollte das bürgerschaftliche Engagement durch die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen, der Beachtung der Auswirkungen auf bürgerschaftliches Engagement bei jeder Gesetzgebung und eine gezielte Weiterentwicklung der Anerkennungskultur fördern. Dazu gehört eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts. Mit der Weiterentwicklung des Stiftungsrechts und Steuerrechts sollten Anreize geschaffen werden, sich durch Stiftungen an der Förderung des Gemeinwohls zu beteiligen.“

**Die wichtigsten Verbesserungen, die zum Teil bereits überwiegend rückwirkend ab 1. Januar 2007 in Kraft treten:**

- Vereinheitlichung und Anhebung der Höchstgrenzen für den Spendenabzug von bisher 5 % bzw. 10 % des Gesamtbetrages der Einkünfte (§ 10b Abs. 1 Sätze 1 und 2 EStG) auf 20 % für alle förderungswürdigen Zwecke.
- Verdoppelung der Umsatzgrenze für den Spendenabzug. Anhebung des Höchstbetrags für die Ausstattung von Stiftungen mit Kapital von 307.000 € auf 1 Mio. €
- Abschaffung des zeitlich begrenzten Vor- und Rücktrags beim Abzug von

Großspenden und der zusätzlichen Höchstgrenze für Spenden an Stiftungen.

- Senkung des Satzes, mit dem pauschal für unrichtige Zuwendungsbestätigungen und fehlverwendete Zuwendungen zu haften ist, von 40 % auf 30 % der Zuwendungen. Anhebung der Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Betätigungen gemeinnütziger Körperschaften sowie der Zweckbetriebsgrenze bei sportlichen Veranstaltungen von jeweils insgesamt 30.678 € Einnahmen im Jahr auf jeweils 35.000 €

- Anhebung des sog. Übungsleiterfreibetrags von 1.848 € bei unverändertem Anwendungsbereich auf 2.100 €

- Einführung einer steuerfreien Pauschale für alle Verantwortungsträger in Vereinen i.H.v. 500 €

- Erleichterter Spendennachweis bis 200 €

Es wird zwar eine abschließende Formulierung der gemeinnützigen Zwecke erfolgen, jedoch mit einer Öffnungsklausel, durch die in den nicht aufgeführten Fällen eine von den Ländern zu benennende zentrale Stelle entscheidet, ob ein Vereinszweck als gemeinnützig anerkannt wird.

### Erfolge der Union mit Angela Merkel als Ratspräsidentin

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat von allen politischen Seiten im Europaparlament Lob für die Arbeit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erhalten. Die EU-Parlamentarier würdigten vor allem, dass Merkel trotz erheblicher Widerstände von Polen und Briten im nächtlichen EU-Gipfeltreffen eine Einigung über neue EU-Verträge erzielt hat.

**José Manuel Barroso**, EU-Kommissionspräsident: "Der deutsche Vorsitz hat einen Erfolg errungen, den viele vor einigen Monaten, noch vor einigen Tagen für unerreichbar gehalten hätten."

**Alfred Gusenbauer**, österreichischer SPÖ-Bundeskanzler: "Ihrem (Merkels) professionellen und beherzten Führungsstil ist es zu verdanken, dass die EU aus einer fast aussichtslosen Krise herausgekommen ist."

### Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr – CDU steht zu Kampf gegen den Terrorismus

**Bei einer Routinepatrouille waren die deutschen Soldaten unterwegs, als drei von Ihnen Opfer eines tödlichen Anschlags wurden.** Sie demonstrierten mit öffentlichen Einkäufen auf dem Markt, dass es sich bei Ihrem Einsatz nicht um einen Kriegseinsatz, sondern um den Schutz des gesellschaftlichen und staatlichen Aufbaus handelt. Die Abgeordneten des Bundestages hatten ihnen dazu den Auftrag erteilt und tragen deshalb eine besondere Verantwortung. Die getöteten Soldaten haben unter Einsatz ihres Lebens daran mitgewirkt, für die Menschen in Afghanistan eine Zukunft in Frieden und Freiheit zu ermöglichen. Vor allem leisten aber die deutschen Soldaten einen Beitrag dazu, dass von Afghanistan aus keine Gefährdung unserer Sicherheit hier in der Heimat durch welt-

weit agierende Terroristen ausgehen kann. Mit ihrer Friedensmission hilft die Bundeswehr der afghanische Regierung, die innere Sicherheit herzustellen, Menschenrechte zu schützen, das Land mit humanitären Hilfsgütern zu versorgen und die Rückkehr von Flüchtlingen zu bewältigen.

Dass Kinder, vor allem Mädchen, in Afghanistan heute wieder Schulen besuchen, dass Frauen verstärkt ihre Rechte wahrnehmen und zunehmend am öffentlichen Leben teilhaben können, ist auch dem Engagement unserer Soldaten zu verdanken. Dafür verdient die Bundeswehr unsere Unterstützung. Sie leistet einen unschätzbaren Beitrag für unsere eigene Sicherheit, aber wir müssen uns immer bewusst sein: Die Gefahr für Leib und Leben gehört täglich dazu.

## Reform der Pflegeversicherung Aktuelle Mängel abgestellt, aber keine Einigung über Zukunftssicherheit

Die Pflegeversicherung hat sich seit ihrer Einführung vor über 10 Jahren bewährt. Inzwischen erhalten mehr als 2 Millionen Pflegebedürftige zuverlässig Leistungen aus der Pflegeversicherung. Die CDU nutzt die gute Wirtschaftslage, um jetzt eine Reform im Sinne der älteren Generation anzugehen. Wir lassen die Betroffenen nicht allein und wollen, dass sie und ihre Familien auch in Zukunft auf die solidarische Absicherung des Pflegerisikos vertrauen können. Wir halten an dem Ziel fest, die Pflegeversicherung generationengerecht durch die Einführung einer Kapitaldeckung umzugestalten. Dies war jetzt mit der SPD nicht zu machen.

Die Leistungen der Pflegeversicherung sind seit ihrer Einführung unverändert geblieben. Um den dadurch entstehenden Wertverfall auszugleichen, passen wir sie deshalb in den kommenden Jahren an. Auch wird der besondere Hilfe- und Betreuungsbedarf von Demenzkranken in Zukunft eine bessere Berücksichtigung in der Pflegeversicherung finden. Erstmals beziehen wir rund eine Million Demenzkranke und ihre Familien in die Leistungen der Pflegeversicherung ein.

Wir fördern Anstrengungen von stationären Einrichtungen, denen es mit aktivierender Pflege und Rehabilitation gelingt, Verbesserungen im Gesundheitszustand von Betroffenen zu erreichen. Gleichzeitig bauen wir die Qualitätssicherung im ambulanten

und stationären Bereich aus.

Zur Stabilisierung der finanziellen Basis und dem Erhalt qualitativ hochwertiger Leistungen der Pflegeversicherung muss der Beitrag moderat um 0,25 Prozentpunkte (ab 1.07.2008) angehoben werden. Durch die gleichzeitige Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um mindestens 0,3 Prozentpunkte (ab 1.01.2008) stabilisieren wir die Lohnzusatzkosten.

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag sinkt auf den niedrigsten Wert seit 25 Jahren.



Ingbert Liebing (links), besuchte am 21. Mai dieses Jahres die Feier zum 60jährigen Jubiläum des Unternehmerverbandes Unterelbe-Westküste, einer der ältesten regionalen Arbeitgeberverbände in Schleswig-Holstein. Dieses Jubiläum wurde mit zahlreichen prominenten Gästen begangen. Hier mit im Bild der Geschäftsführer Rainer Bruns (Mitte) und der Vorsitzende Lutz Bitomsky (rechts).

### Notschlepper-Ausschreibung ist endlich veröffentlicht – B 5 Ausbau weiter vorangebracht

#### Der neue Notschlepper

für die Deutsche Bucht kommt endlich voran. Nach einem Jahr zäher Wartezeit – so lange hat das Bundesverkehrsministerium gebraucht, um den Bundestagsbeschluss umzusetzen, ist die Ausschreibung nun veröffentlicht worden. Vielleicht ist es auch kein Zufall, dass die Ausschreibung einen Tag vor der Sitzung des verkehrspolitischen Koalitionsgespräches veröffentlicht wurde, bei dem dieses Thema auf der Tagesordnung stand.

Es bleibt angesichts des zunehmenden Schiffsverkehrs mit teilweise gefährlichen Ladungen zu hoffen, dass der weitere Fortgang der Beschaffung zweier Notschlepper für die Deutsche Bucht und die Ostsee zügig voran geht.

#### Der Ausbau der B 5

mit den Ortsumgehungen im Bereich Hattstedt, Struckum, Breklum und Bredstedt, wird von der Bundesregierung als Ausbaumaßnahme in die Endfassung des Investitionsrahmenplans für die Jahre 2006 bis 2010 aufgenommen.

Für die Baumaßnahmen ist ein Investitionsvolumen in Höhe von 41,4 Millionen Euro vorgesehen. Außerdem ist auch die Ortsumgehung für Tating im Zuge der B 205 in diesem Plan enthalten, für die Investitionsmittel in Höhe von 4,7 Millionen eingeplant sind. Die Aufgabe des Investitionsrahmenplans ist zunächst die Festlegung der Projekte, wann der Baubeginn ist, steht nicht fest. Der Investitionsbetrag muss außerdem gesondert in den Haushaltsberatungen eingeworben werden.

# Unterwegs in Nordfriesland und Dithmarschen-Nord

## Von der Schiene zum Termin und zurück: ein typischer Tag im Wahlkreis

Immer wieder begegnet mir bei vielen Gesprächen die Vorstellung, ein Bundestagsabgeordneter habe seinen Arbeitsplatz ausschließlich in Berlin im Reichstag. Dort findet tatsächlich nur die Hälfte der Arbeit statt. Die andere Hälfte des Jahres verbringe ich im Wahlkreis mit vielfältigsten Aufgaben. Ein typischer Wahlkreistag mit Terminen in Dithmarschen verlief so:

**07.34 Uhr** mit dem Zug ab Morsum/Sylt nach Heide. Zunächst Fototermin mit den Organisatoren des Benefizkonzertes der Bundeswehr-Big-Band, für das ich zugesagt hatte, um Spenden zu sammeln. Anschließend kurzes Gespräch im Wahlkreisbüro, dann Fahrt nach Wesselburen. Dort besuche ich in einer ehemaligen Krautfabrik zunächst ein hervorragend geführtes Fitnessstudio: insbesondere die Aktivitäten für Kinder interessieren mich, da Bewegungsmangel bei vielen Kindern inzwischen zu einem gesundheitlichen Problem wird. Anschließend erläutern mir die Vorstandsmitglieder des ehrenamtlichen Vereins die Planungen für das „Kohlosseum“. Ich höre mit Respekt, welchen großartigen Einsatz die Mitglieder des Vereins leisten.

**13.00 Uhr** Gespräch mit Schülerzeitungsredakteuren am Gymnasium Heide-Ost. Die Redakteurinnen interessieren sich besonders für die praktische Arbeit eines Bundestagsabgeordneten und für meinen Weg in die Politik. Außerdem engagieren sie sich auch in der Schülervertretung. Ich ermuntere die beiden, ihr Engagement fortzusetzen, denn wir brauchen junge Menschen, die sich für die Gemeinschaft einsetzen.

**13.45 Uhr** Fahrt nach Epenwörden: Gespräch mit Vorstandsmitgliedern des Vereins „Weißer Ring“, der sich um Kriminalitätsoffer kümmert. Mir werden zahlreiche Beispiele für gesetzliche Lücken aufgezeigt. Inzwischen habe ich die Anregungen dem zuständigen Fraktionskollegen im Rechtsausschuss vorgetragen und um Unterstützung gebeten.

**15.45 Uhr** Rückfahrt nach Heide zu einer Diskussionsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft 60+ der SPD-Senioren. Mit dabei ist der SPD-Kollege Thießen. Bei einzelnen Themen vertreten wir die gemeinsamen Ergebnisse der Großen Koalition in Berlin,

aber erläutern auch die Unterschiede, z.B. hinsichtlich der Finanzierung der gemeinsam gewünschten zusätzlichen Leistungen in der Pflegeversicherung.

Da der SPD-Kollege die Veranstaltung frühzeitig verlassen muss, bleibt mir eine halbe Stunde zusätzliche Zeit vor dem Abendtermin **um 19.00 Uhr in Wöhrden**. Ich nutze sie für ein etwas ausführlicheres Gespräch über kommunale Themen in Dithmarschen mit der stellvertretenden CDU-Kreisvorsitzenden und Kreistagsabgeordneten Katrin Schulz, die mich den ganzen Tag über begleitet hat. Weitere Kommunalpolitiker aus Heide kommen dazu, bevor um 19.00 Uhr in Wöhrden eine öffentliche Veranstaltung beginnt, in deren Rahmen das Projekt „Frühe Hilfen“ durch die Kreisverwaltung vorgestellt wird. Im Rahmen eines Pilotprojektes der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung soll insbesondere jungen Familien geholfen werden, die Erziehungsprobleme haben. Diese Hilfen sollen bereits vor der Geburt durch Hebammen vermittelt werden, damit Kindern so früh wie möglich nach der Geburt eine bestmögliche Erziehung in der Familie geboten werden kann.

Rückfahrt mit dem Zug ab Heide **um 21.00 Uhr**, die Fahrt nutze ich, um die E-Mail-Eingänge des Tages zu bearbeiten. Um 22.30 Uhr bin ich wieder zu Hause. Ein 15-Stunden-Tag, angefüllt mit verschiedensten interessanten Themen, die mir neue Anregungen für die Arbeit in Berlin gegeben haben.



Arbeiten auf Schienen – Ingbert Liebing bereitet auf seinen langen Bahnreisen zurück zur Familie Termine vor und arbeitet die elektronische Post des Tages ab.

## Terminvorschau - Auszug aus dem Abgeordneten-Kalender

12.07.2007

**Besuch des Info-Mobils des Deutschen Bundestags**  
Heide

12.07.2007

**Öffentliche Veranstaltung CDU-Ortsverband Klixbüll**  
Klixbüll

12.07.2007

**Sitzung CDU Ortsvorsitzende im Amt Südtondern**  
Südtondern

14.07.2007

**Besuch bei der Kolping-Familie**  
Husum

17.07.2007

**Informationsgespräch über die Sicherheitslage in Nordfriesland**  
Polizeidirektion Husum

17.07.2007

**Besuch im Bildungszentrum für Erneuerbare Energien (BZEE)**  
Husum

23.07.2007

**Besuchsprogramm Amrum**  
Amrum

21.08.2007

**Teilnahme an öffentlicher Veranstaltung der Frauen-Union mit Landratskandidatin Dr. Gabriele Lamers**  
Husum

25.08.2007

**Fahrradtour mit CDU-Kreisverband Nordfriesland nach Pellworm**

28.07.2007

**Besuch des Infostands vom CDU Ortsverband Niebüll**  
Niebüll

30.08.2007

**Diskussionsabend mit LIONS-Club**  
Husum

26.08-28.08.2007

**16. Ostseeparlamentarierkonferenz**  
Reichstagsgebäude, Berlin

31.08.2007

**Teilnahme an der Rinderbereitung des Bauernverbandes**  
Dithmarschen

### Der Aufschwung in Zahlen

#### Arbeitslosigkeit:

Jahr	Anzahl	Quote in %
2007 (Juni)	3.687.000	8,8
2006	4.487.000	10,8
2005	4.861.000	11,7
2004	4.381.000	10,5

#### Wirtschaftswachstum:

Jahr	Quote in %
2007	+ 1,7
2006	+ 2,5
2005	+ 0,9
2004	+ 1,6

#### Neue Jobs:

Jahr	Anzahl
2007 (Juni)	800.000
2006	374.000
2005	-480.000 (erhöhte Arbeitslosigkeit im Vergleich zu 2004)

#### Sinkende Neuverschuldung:

Jahr	Defizitquote (% des BIP)
2006	1,7
2005	3,3
2004	3,7
2003	4,0
2002	3,5
2001	2,8

## Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

### Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

☎ (030) 227 – 71 173

☎ (030) 227 – 76 142

✉ ingbert.liebing@bundestag.de

### Ansprechpartner:

Sophie Brachvogel, Antonia Schabel

### Wahlkreisbüro Nordfriesland

Hannes Fuhrig, Sandra Thiesen,  
Lennart Krummacher  
Heckenweg 1  
25813 Husum

☎ (04841) 23 28

☎ (04841) 800 180

✉ ingbert.liebing@wk.bundestag.de

### Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Anne Ohlsen  
Hamburger Str. 7  
25746 Heide

☎ (0481) 34 06

☎ (0481) 53 82

✉ service@cdu-dithmarschen.de

